

zeit^dung



der IUHAS - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese
Januar 2003/Nr. 64



Die Alte Schule in Hähnlein - bald ein Kulturzentrum?

Das aus dem Jahr 1890 stammende ortsbildprägende Gebäude, soll in diesem Jahr einer Totalsanierung unterzogen werden. Danach wird es den Hähnleiner Jugendlichen als neues Domizil dienen (praktisch die komplette Seite, vom Keller bis unter das Dach, links vom Treppenhaus). Die rechte Seite wird dann zwei große Vereinsräume beherbergen (einer davon in dem bisherigen Kirchenraum im 1. OG). Wenn es nach der Iuhas geht, wird auf dem dahinterliegenden Grundstück ein Saal angebaut, der sich in funktionaler Einheit dem Hauptgebäude unterordnet. Insgesamt würde dann auch der Ortsteil Hähnlein - genau wie Alsbach - über einen attraktiven Kulturtreff verfügen. Mehr dazu ab Seite 4.

Ei guure wie ...

Die Feiertage gut überstanden? – Wir wünschen Ihnen allen ein gutes und erfolgreiches neues Jahr und hoffen, dass es ein friedliches Jahr bleiben möge – allen Kriegsängsten zum Trotz.

Zwei Wahlen stehen uns 2003 ins Haus: die hessischen Landtagswahlen am 2. Februar und die Wahl des Landrats für den Kreis Darmstadt-Dieburg am 27. April.

Aus unserer Sicht ist es von erheblicher Bedeutung, dass es gelingt, im neuen Landtag eine grüne Regierungsbeteiligung zu erreichen, die dafür steht, dass z.B. Umwelt und Natur wieder einen hohen Stellenwert bekommen, Schulen ganztägige Angebote machen können, Integration statt Ausgrenzung das Regierungshandeln bestimmt und insgesamt Ehrlichkeit in die Politik zurückkehrt. Damit wäre auch gewährleistet, dass Hessen keinen Lügner mehr als Ministerpräsidenten ertragen muss, der Schwarzgeld in Millionenhöhe verschoben und gleichzeitig den Haushalt des Landes mit einer verfassungswidrigen Rekordverschuldung belastet hat – eine Hypothek, an der folgende Ge-

nerationen noch schwer zu tragen haben werden.

Bei der Landtagswahl bewirbt sich im Wahlkreis 51 Christel Fleischmann als Direktkandidat um einen Sitz. Wir sind überzeugt, dass seine über 20 jährige kommunalpolitische Laufbahn als Alsbach-Hähnleiner Gemeindevertreter und als Abgeordneter der Grünen im Kreistag Darmstadt-Dieburg gute Voraussetzungen sind, auch auf Landesebene die Interessen der Region wirksam zu vertreten. – Deshalb: Mit Ihrer Erststimme diesmal Christel Fleischmann und mit Ihrer Zweitstimme Bündnis90/Die Grünen wählen!

Die Diskussion in den gemeindlichen Gremien um einen Kultursaal in Hähnlein nimmt immer bizarrere Formen an. Erneut hat die Mehrheit in der Gemeindevertretung es abgelehnt, eine konkrete Weichenstellung in dieser Richtung vorzunehmen.

IMPRESSUM:

Die ZEITDUNG wird von der IUHAS - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese herausgegeben.

Redaktion dieser Ausgabe:

Peter Dehmel, Christel Fleischmann

Fotos: Peter Dehmel, Christel Fleischmann

Illustration und Umschlag:

Christel Fleischmann

Anschrift: In der Pfarrtanne 4

64665 Alsbach-Hähnlein

Telefon: 06257 - 4247

Auflage: 3.400

Udo Ullmann bescheinigte dem Vorstoß der Iuhas zwar „Cleverness“, zustimmen wollte er dennoch nicht. Die Diskussion um unsere jüngsten diesbezüglichen Anträge dokumentieren wir ab Seite 4.

„Personalfragen gehören nicht in die Gemeindevertretung!“ – Mit dieser ebenso einfachen wie falschen Begründung lehnten SPD, FW und die meisten CDU-ler den Antrag der Iuhas ab, wonach im Stellenplan eine mittlerweile überfällige Verbesserung für die Leiterin des gemeindlichen Hochbauamtes erreicht werden sollte. Dabei ist einzig und allein die Gemeindevertretung dafür zuständig. Mehr dazu erfahren Sie ab Seite 16.

Weitere interessante Informationen aus den gemeindlichen Gremien haben wir für Sie unter der Überschrift „Aus der Gemeindevertretung“ zusammengestellt. Lesen Sie mehr dazu, ab Seite 17.

Peter Dehmel aus Alsbach ist einer der Gründerväter der Iuhas. Er hat im letzten Sommer im Auftrag der Vereinten Nationen am Friedensprozess in Afghanistan mitgewirkt. Er war dort, um die Wahlen zur Großen Volksversammlung in den Nordost-Provinzen zu begleiten. Wahlen, die den mehr als zwanzigjährigen

Krieg beenden und eine stabile Friedensphase einleiten sollten. Lesen Sie seinen Bericht ab Seite 9.

Und hier noch ein paar Aussprüche von Ministerpräsident Roland Koch. - Überprüfen Sie selbst den Wahrheitsgehalt:

„Wenn ich die Wahl verliere, werde ich wieder Anwalt.“ 20. November 2002

„Wir wollen erreichen, dass Hessen ein Land der Tagesmütter wird.“ 28. März 2001

(Die Betreuungsquote für die unter Dreijährigen beträgt in Hesse nur 3,5%. In 4 Jahren hat Koch genau 411 Plätze neu geschaffen - 103 pro Jahr für die 170.000 Kleinkinder in Hessen.)

„Wenn die Bürger denken, Roland Koch sei kein ehrlicher Mann mehr, werde ich mich nicht mehr mit Politik befassen.“ 14. Januar 2000

„Sie (die Landesregierung) wird die von ihr verursachten Mehrausgaben in anderen Bereichen des Landeshaushaltes ausgleichen.“ 22. April 1999

(2002 hatte Hessen mit knapp 2 Mrd. Euro die höchste Netto-neuverschuldung aller Zeiten!!!)

Deshalb: Besser gleich

Bündnis90/Die Grünen

Und so klangen Neujahrswünsche vor rund 140 Jahren, ganz aktuell:

Wünsche an das neue Jahr

Du neues Jahr, sei ein Jahr des Lichtes, der Liebe und des Schaffens!

Setze dem Überfluss Grenzen

und lasse die Grenzen überflüssig werden.

Gib dem Glauben seine Freiheit

und mach die Freiheit zum Glauben aller.

Nimm den Ehefrauen das letzte Wort

und erinnere die Ehemänner dagegen an ihr erstes.

Lasse die Leute kein falsches Geld machen,

aber auch das Geld keine falschen Leute.

Gib den Regierungen ein besseres Deutsch

und den Deutschen bessere Regierungen.

Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit

und der Wahrheit mehr Freunde.

Bessere solche Beamten, die wohl tätig, aber nicht wohlütig sind,

und lasse die, die rechtschaffen sind, auch recht schaffen!

Gib unserem Verstand Herz und unserem Herzen Verstand,

auf dass unsere Seele hier schon selig wird.

Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen –

Kulturzentrum Alte Schule Hähnlein:

„BELIEBIG ERWEITERBAR“

Zum Haushaltsplan 2003 hat die Iuhas erneut versucht, in der Gemeindevertretung eine Mehrheit für den Bau eines Kulturzentrums in Hähnlein zu finden. Gab es bei unserem ersten Anlauf vor über sieben Jahren noch heftigen Widerspruch dagegen, dass ein Saal für kulturelle Veranstaltungen überhaupt notwendig sei, ging es diesmal eher um den

richtigen Zeitpunkt für ebendiesen Antrag. Dennoch haben wir den Eindruck, dass der Widerstand gegen das Projekt langsam der Erkenntnis über dessen Notwendigkeit weicht.

Lange bevor die Diskussion um die Neugestaltung der Ortsmitte Hähnlein konkrete Formen annahm und dazu ein Wettbewerb ausgelobt wurde, hatte die Iuhas in der Gemeindevertretung bean-



Der Eingang der Alten Schule in Hähnlein. Nach der Sanierung des Hauptgebäudes könnte dies auch ein repräsentativer Eingang für den Saalanbau werden.

trägt, in der Alten Schule Jugend- und Vereinsräume einzurichten und durch den Anbau eines Saales das Gebäude insgesamt zu einem Kulturzentrum aufzuwerten. Dazu bedarf es nach unserer Auffassung keiner Gutachten oder spezieller Untersuchungen mehr.

Zwar gab und gibt es in der Sport- und Kulturhalle immer wieder mal attraktive Veranstaltungen auch aus dem kulturellen Bereich, der Aufwand, dort eine entsprechende Atmosphäre zu schaffen, ist allerdings jedes Mal enorm. Bei Karnevalssitzungen, Kerb, Theateraufführungen und zahlreichen Vereinsveranstaltungen sind mitunter mehrere hundert Zuschauer im Saal, ein gemüt-

liches, ansprechendes Ambiente konnte jedoch nur mit erheblichem Aufwand erreicht werden. Schon Tage vorher mussten aufwendige Dekorationen und Einbauten vorgenommen werden, mit denen die jeweiligen Vereinsmitglieder oftmals tagelang und bis tief in die Nacht beschäftigt waren. Letztlich blieb es aber immer ein Kompromiss mit schlechter Akustik, ungemütlicher Raumhöhe und einer Lichtanlage, die gut ist für Sportveranstaltungen, beim Feiern aber kaum Stimmung aufkommen lässt.

Neidvoll blicken deshalb manche HähnleinerInnen nach Alsbach. Dort gibt es für sportliche Großveranstaltungen die Kreissporthalle und sozusagen als „gute

Stube“ das Bürgerhaus Sonne mit zwei Vereinsräumen und dem großen Saal. Beide Einrichtungen sind sehr gut ausgelastet und bieten für jede Form von Veranstaltung den passenden Rahmen.

Warum nicht auch in Hähnlein?

Die Begründungen für die jeweiligen Ablehnungen der anderen Fraktionen waren ebenso vielfältig wie falsch.

So meinte beispielsweise Horst Anacker für die Freien Wähler: *„Der Ansatz der Iuhas ist ja durchaus richtig, aber jetzt nicht – noch nicht. Vielleicht 2004, wenn der Ortsteil Hähnlein in das Dorferneuerungsprogramm aufgenommen würde.“* Nach seiner Auf-



Das Dorfgemeinschaftshaus auf dem Hähnleiner Marktplatz: Nach den Vorstellungen der SPD könnte in der geplanten Verlängerung dieses Gebäudes in Richtung Feuerwehrgerätehaus ein Kultursaal untergebracht werden. Wir halten das für wenig sinnvoll, weil die Grundfläche nicht optimal ist. - Wir haben mit dem Foyer der Sport- und Kulturhalle bereits einen langen „Saal-“ Schlauch, der nur bedingt für Veranstaltungen genutzt werden kann. Und wenn man die Fläche „beliebig erweitert“, wie Jürgen Götz das vorschlägt, wird die Fläche für Veranstaltungen (z.B. Marktplatzfest) noch kleiner. Außerdem fehlen die zusätzlichen Räume, wie sie die Alte Schule bietet, während die viel gepriesene Bewirtungsmöglichkeit durch die Marktschänke nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

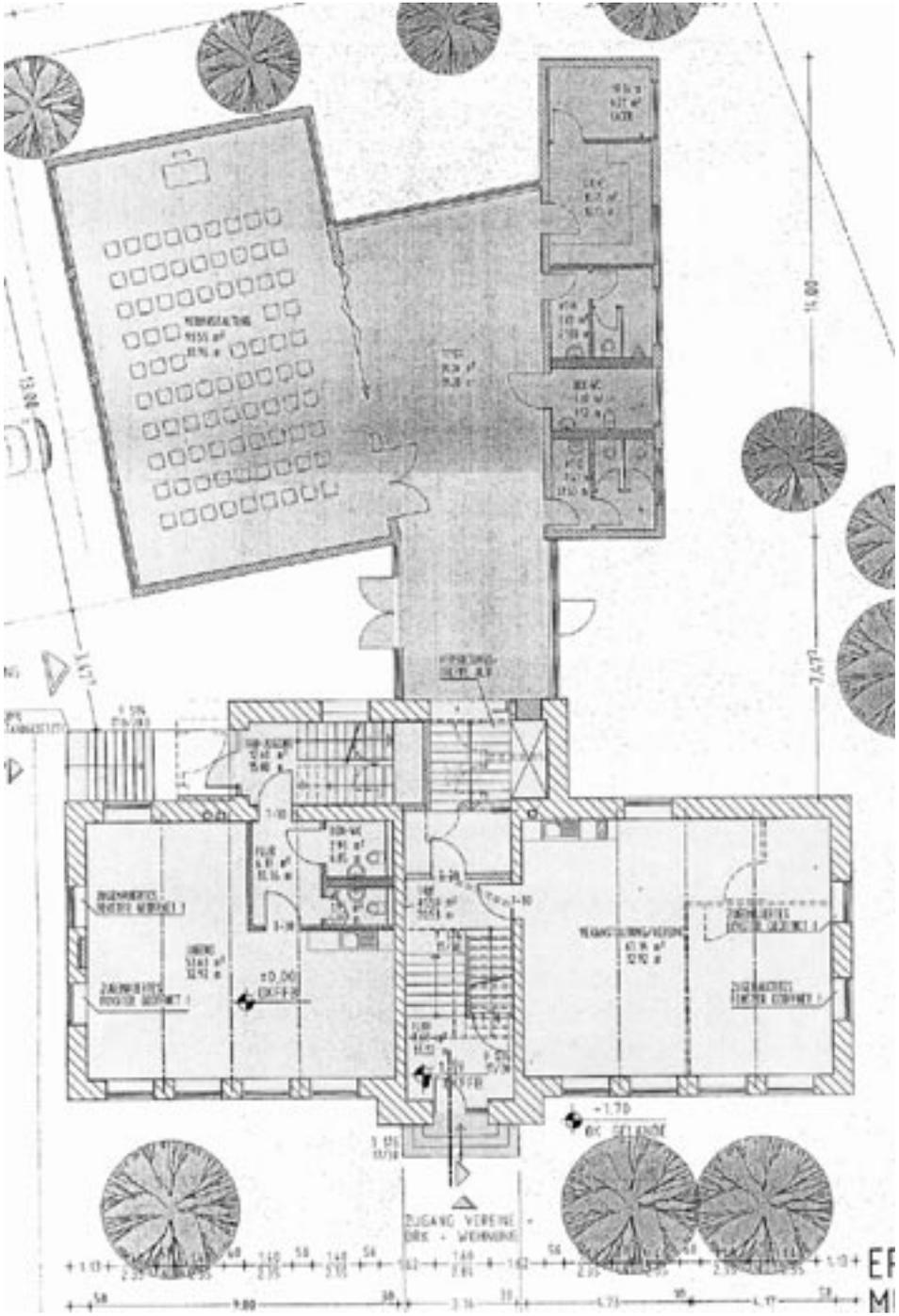
fassung wäre es die Aufgabe einer Kommission, vorher zu untersuchen, wie sich Hähnlein entwickeln würde und welchen Raumbedarf es überhaupt gebe. Zunächst, so Horst Anacker, bräuchten die Freien Wähler eine Auflistung aller vorhandenen Räume! Immerhin räumte er am Ende seiner Rede ein, dass man bei dieser Gemeinde wohl schon sehr frühzeitig zu planen anfangen müsse.

Sebastian Bubenzler (CDU) hatte ein anderes Problem. Er wolle keinen repräsentativen Kultursaal „*hinter der Alten Schule*“. Ihm entgegneten wir, dass es wohl kaum ein wohlproportionierteres und ortsbildprägenderes Gebäude in Hähnlein gibt und neben den Räumlichkeiten die jetzt darin entstehen sollen, bietet das Grundstück zudem ge-

nügend Freifläche für den Anbau eines Saales.

Nachdem die Gemeindevertretung gerade erst in der Septembersitzung den Bebauungsplan für die Ortsmitte Hähnlein beschlossen hatte, war die Argumentation von Jürgen Götz schließlich überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Wenn überhaupt, so der Fraktionsvorsitzende der SPD, dann gehöre ein Kultursaal auf den Marktplatz. Es war aber gerade die SPD, die es vehement ablehnte, eine überbaubare Fläche in den Bebauungsplan aufzunehmen, die für

Der Grundriss auf der folgenden Seite zeigt eine Möglichkeit für einen Saalanbau (oberer Teil) an die Alte Schule (unten). Wählt man für den Saal eher eine Ost-West-Ausrichtung lassen sich leicht die 200 Sitzplätze unterbringen, die wir in unserem Antrag vorgeschlagen haben.



einen Kultursaal geeignet wäre. Die eingeplanten Erweiterungsflächen an der Marktschänke sind dafür jedenfalls ebenso ungeeignet, wie alle anderen im Bebauungsplan vorgesehene Flächen für Gebäudeerweiterungen oder Neubauten. Das sah Jürgen Götz wohl genauso. Deshalb meinte er schließlich: *„Die Flächen im Bebauungsplan können*

wir doch beliebig erweitern!“ – Worauf sollen sich die BürgerInnen dann aber verlassen, wenn Bebauungspläne so total „beliebig“ sind und sich nicht einmal die Gemeinde an ihre planerischen Vorgaben hält?

Und so lauteten die beiden Anträge der IUHAS, die beide von SPD, FW und Teilen der CDU abgelehnt wurden

IUHAS-Antrag vom 17. September 2002:

Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Ausschuss Ortsmitte Hähnlein wird beauftragt, der Gemeindevertretung einen Vorschlag zu unterbreiten, wo in Hähnlein ein Saal für kulturelle Veranstaltungen errichtet werden kann.

Dieser Vorschlag soll auch beinhalten, wie groß dieser Saal sein soll, welche Zusatzflächen und Nebenräume ihm funktional zugeordnet werden sollen und in welchem zeitlichen Rahmen er realisiert werden könnte.

IUHAS-Antrag vom 9. Dezember 2002:

Antrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Alten Schule in Hähnlein wird ein Saalneubau für kulturelle Veranstaltungen funktional zu geordnet. Bei Theaterbestuhlung sollen darin bis zu 200 Personen Platz finden. Es soll eine Bühne mit Nebenräumen (Umkleide, Technik, Lager) vorgesehen werden.

In einem Verbindungsbau zwischen Alter Schule und Saalneubau sollen ein Foyer mit Garderobe, Küche und Toiletten untergebracht werden.

Der Zugang sowie die Verkehrs- und Verbindungswege sollen so angeordnet werden, dass eine funktionale Einheit von Saal und Vereinsräumen in der Alten Schule entsteht. Über den Haupteingang der Alten Schule soll auch ein Zugang zum Foyer des Saalneubaus möglich sein.

Im Haushaltsplan 2003 sind dazu Planungskosten in Höhe von 80.000 Euro einzustellen.

Peter Dehmel berichtet:

IN AFGHANISTAN DEN FRIEDEN WÄHLEN

Hätten Sie gewusst, dass mitten in unserer Gemeinde aber doch am Rande, nämlich zwischen dem Autoschrott und den Spargelfeldern der Sandwiese, drei afghanische Familien wohnen? Männer, Frauen und Kinder, denen es gelungen ist, vor Krieg, Unterdrückung und Hunger in ihrer Heimat bis nach Deutschland zu fliehen und die hier einen Gast-Status erhielten, den unser Ausländergesetz offiziell „Duldung“ nennt. Ein Zustand, der jederzeit in „Ausweisung“ umschlagen kann. Haben Sie diese Leute schon einmal besucht? Gastfreundlich, wie wir doch sind?

Besucht hat Peter Dehmel aus Alsbach das geschundene Land am Hindu-kusch in diesem Sommer, um im Auftrag der Vereinten Nationen die Wahlen zur Großen Volksversammlung in den Nordost-Provinzen zu begleiten. Wahlen, die den mehr als zwanzigjährigen Krieg beenden und eine stabile Friedensphase einleiten sollten. Hier sein Bericht.

Das Gebirgstal unter uns wurde immer tiefer und enger, die beschneiten Berge auf beiden Seiten immer höher.

Unser Hubschrauber hatte Mühe, am steinigen Flussufer des Amu Darya eine Landestelle zu finden. Als wir aus der Staubwolke unter den Rotorblättern auftauchten, liefen wir fast den vielen Männern und Kindern in die Arme, die dort unter den Bäumen auf das weiße Flugzeug mit dem UN-Zeichen gewartet hatten. Die Wahlkommission war gelandet, die blaue Wahlurne ausgeladen - die Loya Jirga-Wahl konnte beginnen.

Seit dem 7. Mai war ich im Nordosten Afghanistans als Wahlbeobachter oder „International Monitor“ im Auftrag der Vereinten Nationen unterwegs. Für die

landesweiten Wahlen zur „Emergency Loya Jirga“, der außerordentlichen Gro-



Die Wahlurnen sind eigetroffen ...



Manche Regionen zwischen Pamir und Hindukusch sind für die UN-Wahlbeobachter nur mit dem Hubschrauber erreichbar.

Ben Ratsversammlung, standen etwa sechs Wochen zur Verfügung. Dafür, dass diese ersten allgemeinen nationalen Wahlen in der Geschichte Afghanistans ordnungsgemäß und vor allem friedlich abliefen, sollten afghanische Dreier-Kommissionen sorgen, zu denen jeweils ein internationaler Beobachter gehörte.

Wir hatten sechs Stunden Zeit für Balah, Provinz Badakshan, einem Gebirgsdorf, eingeklemmt zwischen den hohen Bergen und dem reißenden Amu Grenzfluss. Auf der anderen Seite, in Rufweite liegt Tadschikistan, das früher zur Sowjetunion gehörte. Um drei Uhr nachmittags sollte uns der Hubschrauber wieder aufnehmen. Bis dahin

mussten die Wahlmänner bestimmt und der Delegierte für Kabul gewählt sein.

Die Wahlordnung, im November 2001 in Bonn beschlossen, gab jedem der rund 370 Distrikte des Landes eine bestimmte Zahl von Sitzen in der Loya Jirga, entsprechend seiner Bevölkerungszahl. Auch Frauen sollten wählen und gewählt werden dürfen. Ein unglaubliches Unternehmen - so kurz nach dem 23-jährigen Krieg, der nicht nur Häuser und Straßen, Felder und Kanäle sondern auch das menschliche Vertrauen in dem sensiblen Gefüge von unterschiedlichen Ethnien, Religionen und Regionen zerstört hatte. Und nun sollte demokratisch gewählt werden, überall im Land unter den selben Regeln. Sogar in den Flücht-

lingslagern diesseits und jenseits der Grenzen und unter den Nomaden, die bereits unterwegs waren zu den Wei-deplätzen in den Bergen!

Unser Team bereiste die nördlichsten Distrikte des Landes, zunächst mit Geländewagen, die auch die hohen Gebirgspässe überwinden und weite Wildflüsse durchqueren konnten, zuletzt auch im Hubschrauber zu den unzugänglichen Bergtälern, zu denen nur Eselspfade führen. Überall in den zentralen Distrikorten strömten die Männer zusammen, oft nach mehreren Tagesmärschen und formierten sich zu Wahlversammlungen von tausend, manchmal sogar über zehntausend Teilnehmern. Frauen wählten an einigen Stellen hinter den Mauern der Mädchenschulen. Nach offener

Diskussion in kleinen Gruppen wurden Kandidaten und Kandidatinnen benannt, befragt und schließlich durch Handzeichen gewählt – als Wahlmänner und -frauen, die später aus ihrer Mitte die Delegierten zur Loya Jirga wählen sollten. Das geschah mit großem Ernst, diszipliniert und oft nach leidenschaftlichem Streit um angemessene Sitzzuteilungen. Überall war die Sorge um den Frieden spürbar und die Verantwortung, die selbst diese Bergbewohner an den Rändern des Landes dafür zu tragen bereit sind

Es war die Aufgabe der angereisten Kommission, die offene Diskussion und den unbeeinflussten Wahlverlauf zu ermöglichen. Jeder Kandidat wurde öffentlich vor allen Wählern und vor dem



Im Schutz der Mauer nähert sich eine große Gruppe von Frauen dem Platz wo gewählt werden soll. Viele sind total verschleiert. Bei der Wahl der Loya Jirga wollen sie auch dabei sein.



Unter freiem Himmel finden die ersten Abstimmungen statt. Die Wahlen sind dann streng geheim. Die Stimmzettel werden in den hellblauen Urnen der UN-Wahlbeobachter eingesammelt.

Angesicht des Allmächtigen Gottes abgefragt: „Ist er eine vertrauenswürdiger Mensch? Ist er ein Terrorist? Ist er ein Drogendealer oder -schmuggler? Hat er Menschenrechte verletzt, Kriegsverbrechen begangen oder geplündert? Hat er Altertümer und Kulturgüter geschmuggelt und war er aktiv an der Tötung Unschuldiger beteiligt?“ Nur wer das fünffache „Nest!“ widerspruchslos bestätigt bekam und Lesen und Schreiben konnte, durfte schließlich durch Handauf-

heben gewählt werden. In den meisten Fällen einstimmig. Dann beschloss ein tschaktschak die Runde, ein fröhlicher, befreiender Applaus.

Es wurden oft die würdigen Alten gewählt, auch die Mullahs und Quazis (Richter), kenntlich durch ihre weißen Turbane. Aber gelegentlich schob sich auch ein junger Mann nach vorne. Offensichtlich hatten stellenweise die Kriegskommandanten vorher Druck ausgeübt und ihre Kandidaten lanciert. Aber es gab auch Mutige, die diesen Einfluss denunzierten und Gemeinden, die alternativ wählten. Auch die Frauen bewiesen Mut, die sich der Wahl und damit der weiten Reise ins ferne Kabul stellten. Immerhin hat jede der weiblichen Delegierten die Zustimmung ihres Mannes oder Vaters einholen müssen!

In Balah trat wie an allen anderen Orten unmittelbar nach unserer Ankunft auf der grünen Wiese der Bezirksrat zusammen, die Dorfschura. Unter einem uralten Maulbeerbaum, auf Kissen rund um den großen roten Teppich sitzend, ließen sich die würdigen Männer unter dem Vorsitz des Woliswol, des Bezirksbürgermeisters, über den Wahlmodus informieren. Wie sollten die weiter nördlich liegenden Gemeinden noch eingeladen werden – viele Wegstunden entfernt und ohne Telefonver-

bindung? Ein Bote sollte gleich loslaufen. Waffen? Verstanden: niemand würde bewaffnet auf dem Wahlplatz erscheinen.

Schon füllte sich der Versammlungsplatz am Steilufer des Flusses mit etwa 800 Männern. Über der Tribüne wehte die blaue Fahne der Vereinten Nationen. Weit hinten blinkten die Schneeriesen des Pamir. Sogar der Moschee-Lautsprecher war in den Maulbeerbaum montiert worden. Die feierliche Eröffnung leitete der Mullah mit einer gesungenen Koransure ein, dann sprachen der Bürgermeister, der Kommissionsvorsitzende und ich als Vertreter der UN. „Männer von Charkay! Wählt den Frieden! Die Welt schaut auf euch!“

Schließlich formierten sich die Wahlrunden. Mit großem Ernst und lauten Stimmen berieten sie in 5 Sitzkreisen über ihre Kandidaten. Nach zwei Stunden waren acht Wahlmänner und zwei Wahlfrauen und aus ihrer Mitte ein Delegierter für die Große Ratsversammlung gewählt und benannt. Wir nahmen ihn gleich mit zum Hubschrauber. Auf dem Eselspfad wäre er zu spät zur Loya Jirga gekommen.

So ähnlich aber doch jedesmal anders wählten in diesen Wochen die Gemeinden im ganzen Land ihre Kandidaten und Delegierten. Eine unglaublich schwierige logistische und politische Anstrengung der Vereinten Nationen hatte es möglich gemacht, sie zu informieren, zu



Eine Versammlung von Frauen hält die Stimmzettel bereit. Letzte Informationen von den UN-Wahlbeobachtern und dann kann es los gehen.

versammeln, zu transportieren und die Ergebnisse zu überwachen und zu registrieren. Getragen von einem stabilen Grundkonsens unter der Mehrheit der Bevölkerung.

Sind das nun freie demokratische Wahlen gewesen? Waren die Delegierten tatsächlich legitimiert, die schließlich in Kabul zur Loya Jirga zusammentraten? Wie war das Urteil der internationalen Wahlbeobachter? Wir waren uns zum Schluss darin einig, dass sich diese Frage nur unter Bezug auf die afghanische Geschichte und Kultur beantworten lässt – besonders aber nur auf dem Hintergrund des kaum beendeten 23-jährigen Krieges. Nach unseren formalen westlichen Kriterien konnten es keine „freien, allgemeinen und geheimen“ Wahlen gewesen sein. Das war zu diesem Zeitpunkt undenkbar. „Frei“ - unter den Forderungen der regionalen Kriegskommandanten, der militärischen Kontrolle ausländischer Truppen, der kulturellen Beschränkungen, der Verkehrsverhältnisse, der Flüchtlingslager? Aber doch immerhin relativ frei hier am Ort und zur Zeit der Wahl!

„Allgemeine“ Wahlen? Nein, allgemein freilich nicht bei einer Ausgrenzung der Mehrheit der Frauen, der Flüchtlinge, der entfernten Bergdörfer. Aber doch immerhin relativ allgemein, denn hier am Platz war offensichtlich niemand behindert worden, sein Wahlrecht auszuüben. Schließlich: „geheim“? Nein, das war unter diesem Zeitdruck und bei diesen beschränkten Möglichkeiten bei ca. 70 Prozent Analphabeten nicht zu leisten.

Aber die offene Auseinandersetzung gehört zur Beratungskultur der traditionellen afghanischen Gemeinschaften. So war die offene Abstimmung derzeit die einzig denkbare. Immerhin wurde in der zweiten Phase der Delegiertenwahl sogar geheim gewählt, korrekt mit Wahlzettel und Urne, meist mit sakraler Ehrfurcht. So war unser Diktum eindeutig: die Delegierten zur Loya Jirga waren unter den gegebenen Umständen demokratisch legitimiert für ihre Aufgabe, den Präsidenten der neuen Übergangsregierung zu wählen. Was sie dann in Kabul auch schließlich taten.

Für mich war die Mitarbeit in Afghanistan an 25 Wahlorten eine sehr eindrucksvolle Lektion in Demokratie und Friedens-Mediation. Es wurde mir deutlich, dass nach diesen 23 zerstrittenen Jahren der landesweit gleichzeitig durchgeführte Wahlprozess für eine gemeinsame Regierung ein wichtiges Symbol auf dem Weg zur Aussöhnung darstellte. Dabei war die zivile, unbewaffnete internationale Begleitung ein stabilisierender Faktor! Wie relativ sind auch bei uns die Wahlkriterien „allgemein, frei und geheim“! Denn wie stark beeinflussen auch bei uns die Interessen einflussreicher Verbände oder die Medien unser Wahlverhalten. Aber auch bei uns beendet die Wahl eine Phase des heftigen politischen Streits und eröffnet die Chance für einen neuen Anlauf.

Die nächsten Wahlen in Afghanistan sollen unter wesentlich strengeren Regeln im Jahr 2004 stattfinden. Bis dahin sol-

len sich Parteien bilden. Meine afghanischen Kollegen im Wahlteam, drei Universitätsprofessoren, eröffneten mir eines Tages, dass sie eine grüne Partei gründen möchten: verantwortlich für den Schutz der Natur, für eine Demokratie von unten und gegen jeden weiteren Krieg! Sie baten mich, bei unserer grünen Partei in Deutschland um

Unterstützung dafür zu werben.

Für mich hatte sich ein Traum erfüllt: das Land wiederzusehen, in dem ich mit meiner Familie vor mehr als dreißig Jahren gerne gelebt und gearbeitet hatte. Wieder erlebte ich täglich die vorbehaltlose Gastfreundschaft dieser Menschen, Moslems allesamt. Eine befreiende Erfahrung.

Hochwasserschutz

KEIN BAUEN IN ÜBERSCHWEMMUNGSGEBIETEN

Die Hessischen Grünen haben eine Änderung des gerade erst im letzten Sommer von schwarz-gelb novellierten Hessischen Wassergesetzes angekündigt, mit dem das Bauen in Überschwemmungsgebieten dann wieder verboten werden soll.

„Jetzt zeigt sich, angesichts der Hochwassersituation an zahlreichen hessischen Flüssen, wie falsch es von der schwarz-gelben Landesregierung war, das Bauen in Überschwemmungsgebieten wieder zu zulassen.

Unabhängig von Maßnahmen zum Klimaschutz, um mittel- und langfristig Abhilfe zu schaffen, muss in der aktuellen Politik dafür gesorgt werden, dass die Schäden so gering wie möglich gehalten werden.

Dazu müssen auch Überschwemmungsgebiete erhalten bleiben und dürfen nicht zugebaut werden“, kriti-

sieren übereinstimmend die umweltpolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Ursula Hammann und der Direktkandidat der Grünen im Wahlkreis 51, Christel Fleischmann, die Politik der derzeitigen Landesregierung.

CDU und FDP hatten im vergangenen Jahr trotz heftigen Widerspruchs der Umweltverbände, des hessischen Städtetags und der Grünen das Wassergesetz geändert und das Bauen in Überschwemmungsgebieten wieder zugelassen.

Die Grünen kündigen an, nach einem Regierungswechsel am 2. Februar diese Passage des Wassergesetzes auf jeden Fall zu ändern. „Hessen soll wieder ökologisch zum Spitzenreiter in Deutschland werden, so dass nicht länger die ganze Republik auf Hessen mit dem Finger zeigt“, erklärten Ursula Hammann und Christel Fleischmann.

Öffentliches Dienstrecht**LEISTUNG SOLL SICH LOHNEN**

Immer wieder hört man, dass das öffentliche Dienstrecht zu unflexibel sei und wenig geeignet ist, MitarbeiterInnen zu motivieren. Möglichkeiten gibt es allerdings schon, man muss sie nur nutzen. Auf Personalangelegenheiten der Gemeinde hat die Gemeindevertretung in der Regel keinen Einfluss. Einstellungen, Beförderungen und Aufgabenverteilung sind allein Aufgabe des Verwaltungschefs. Allerdings werden die Rahmenbedingungen dafür allein vom Parlament mit dem Beschluss über den Stellenplans gesetzt.

Diese Möglichkeit wollten wir in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung am 17. Dezember 2002 nutzen. Wir stellten deshalb den Antrag, eine Stelle im gemeindlichen Bauamt eine Stufe höher zu gruppieren. Obwohl wir eine Woche davor, im Ausschuss, bereits entsprechende Überlegungen angestellt hatten, war die Verwirrung in den anderen Fraktionen groß und dem Anlass keinesfalls angemessen. Alle äußerten sich skeptisch und signalisierten Ablehnung, lediglich die FW wollte sich enthalten. Die CDU wollte grundsätzlich nicht, dass die Gemeindevertretung mit einem solchen Beschluss Signale setzt, Beförderungen seien ausschließlich Sache des Bürgermeisters. Für die SPD setzte Jürgen Götz auf Althergebrach-

tes: im öffentlichen Dienstrecht sei genau festgelegt, welche Bedingungen bei einer derartigen Beförderung erfüllt sein müssten. Die Stelle selbst müsse gewisse Merkmale ausweisen, die/der StelleninhaberIn muss durch Alter und Dauer der Beschäftigung nachgewiesen haben, dass sie/er sich bewährt hat.

Obwohl Bürgermeister Wennrich noch einmal darauf hinwies, dass er gegen unseren Antrag nichts hätte, da die Höhergruppierung nur möglich ist, wenn die Stelle im Stellenplan entsprechend ausgewiesen ist, der Gemeindevorstand die Stelle aber nur dann anheben wird, wenn die entsprechenden Tätigkeitsmerkmale erfüllt sind. Dennoch: Der Beitrag von Götz gab den Ausschlag, die Mehrheit lehnte unseren Antrag ab.

Wir wollten nicht mehr, aber auch nicht weniger, als Bürgermeister Wennrich die Möglichkeit zu eröffnen, im Laufe des Jahres 2003 eine Höhergruppierung vorzunehmen. Eine Höhergruppierung, die nicht dadurch verdient wurde, dass man bei durchschnittlichen Leistungen durch Absitzen einer gewissen Zeit sich bewährt. Ursache für die Beförderung sollten vielmehr die bisher gezeigten überdurchschnittlichen Leistungen sein. Jürgen Götz und mit ihm die Mehrheit der Gemeindevertretung waren aber dagegen.

Aus der Gemeindevertretung:

ALSBACH-HÄHNLEINER VERKEHRSPROBLEME

Ungelöste Verkehrsprobleme gibt es in allen drei Ortsteilen Alsbach-Hähnleins. Ende 2002 hat sich die Gemeindevertretung dieser – wieder einmal - angenommen: 30-km/h Geschwindigkeitsbeschränkung für die Hähnleiner Ortsdurchfahrt, Kreisverkehr für die Kreuzung Alte Bergstraße/Bahnhofstraße und eine sichere Fußgängerquerung der Main-Nekar-Bahn in der Sandwiese, und bei all dem wird auch nie vergessen, dass es noch immer keine sichere Radwegverbindung zwischen den 3 Ortsteilen gibt.

30 km/h in der Hähnleiner Ortsdurchfahrt

Das Wohnen an der Hähnleiner Ortsdurchfahrt ist mit einer fast permanenten Lärmbelästigung verbunden – zeitweise mit unerträglichen Belastungen. Insbesondere dem starken Schwerlastverkehr, fast die ganze Nacht hindurch, ist für viele Anlieger die Grenze des Erträglichen überschritten: „Man kann im Sommer nicht mal mehr bei offenem Fenster schlafen.“ – meinte eine Anwohnerin bei der Bürgerversammlung im Herbst 2002, als Vertreter des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen (ASV), die nicht mehr hinnehmbaren Zustände zu bagatellisieren versuchten. Zwar haben die beiden Landtagsabge-

ordneten Heike Hofmann (SPD) und Gottfried Milde (CDU) Verständnis für den Unmut einzelner Betroffener geäußert, konkrete Abhilfe konnten Sie allerdings nicht anbieten. Der immer wieder gemachte Vorschlag zum Bau einer Umgehungsstraße, hilft bei den momentanen Belastungen nicht weiter, da Jahrzehnte bis zu einer Realisierung vergehen würden, wenn denn überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für ein formales Verfahren geschaffen wären. In mehr als in Sonntagsreden von wahlkämpfenden PolitikerInnen, insbesondere von SPD, CDU und FW, ist eine Umgehungsstraße bisher noch nicht aufgetaucht.

Die Iuhas hingegen macht seit Jahren immer wieder konkrete Verbesserungsvorschläge, wie schnell und ohne große Kosten Verbesserungen erzielt werden könnten. Dies sind, neben einer grundhaften Sanierung der Fahrbahndecke, vor allem Tempo 30 in der gesamten Ortsdurchfahrt und ein LKW-Nachtfahrverbot von 22 bis 6 Uhr. Vielleicht bringt der Antrag der Iuhas (zur Einführung von Tempo 30 gab es in der gleichen Sitzung einen ähnlichen Antrag der FW), der in der Gemeindevertretung am 22. Sept. 2002 gelobt und schließlich einstimmig angenommen wurde, und der ganz konkret die Argumente des ASV widerlegt, schon bald eine spürbare



Die Hähnleiner Ortsdurchfahrt: Im Bereich der ev. Kirche geht es eng und kurvig zu. Der Straßenbelag ist an vielen Stellen schadhaft und geflickt - eine typische 30 km/h-Strecke also!

Verbesserung in der Alsbacher- bzw. Gernsheimer Straße. Auch Bürgermeister Wennrich fand den Iuhas-Antrag richtig und sinnvoll, wenn er auch wenig Chancen für das LKW-Nachtfahr-

verbot sah, und versprach, sich nunmehr beim Land Hessen für eine schnelle Umsetzung der darin erhobenen Forderungen einzusetzen.

Hier unser Antrag im Wortlaut:

Sitzung der Gemeindevertretung am 22. September 2002 hier: Tempo 30 und LKW-Nachtfahrverbot in den Ortsdurchfahrten Hähnleins

Sehr geehrter Herr Vorsitzender

Die Fraktion der IUHAS bittet Sie, nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung am 22. September 2002 zu nehmen:

Antrag:

1. Die Gemeindevertretung möge beschließen:
Der Gemeindevorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Behörden mit Nachdruck und unverzüglich
 - die Ausweisung von Tempo 30 auf der L3112 in der Ortsdurchfahrt von Hähnlein,
 - ein Nachtfahrverbot für LKW in der Zeit von 22 bis 6 Uhr auf den Ortsdurchfahrten von Hähnleindurchzusetzen.
2. Die Gemeindevertretung stellt fest,
dass bei der Bürgerversammlung am 5. September 2002 in Hähnlein deutlich wurde, dass die ablehnende Haltung des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen und des Regierungspräsidenten in Darmstadt zur Ausweisung von Tempo 30 und zu einem LKW-Nachtfahrverbot in Hähnlein, auf nicht länger haltbaren, ausschließlich formalen Annahmen beruht.
Sowohl für Tempo 30, als auch für das LKW-Nachtfahrverbot gibt es stichhaltige Gründe für eine sofortige und dauerhafte Ausweisung, die sich aus der gültigen Gesetzeslage ableiten lassen.
So heißt es beispielsweise in § 45 der StVO: „(1) Die Straßenverkehrsbehörden können die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit oder Ord-

nung des Verkehrs beschränken oder verbieten und den Verkehr umleiten. Das gleiche Recht haben sie [...] 2. zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße, 3. zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen, [...].“

Der Gemeindevertretung geht es dabei nicht um die Anordnung einer Tempo-30-Zone, wie sie in § 45, (1c) StVO beschrieben wird, sondern es geht ihr ausdrücklich um eine Beschränkung auf der L3112 und zwar auf der „Straßenstrecke“ der OD Hähnlein. Ablehnungsgründe die bisher im Vordergrund standen, wonach „Zonen-Anordnungen“ innerhalb geschlossener Ortschaften sich nicht auf Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) erstrecken dürfen, spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. Die Gemeindevertretung ist sich darüber im Klaren, dass entsprechend § 45, (9), StVO, Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs von den Straßenverkehrsbehörden nur dann angeordnet werden können, wenn auf Grund besonderer örtlicher Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die allgemeine Risiken einer Beeinträchtigung erheblich übersteigt. Wären beispielsweise die Bürgersteige bei besonders unübersichtlichen, kurvigen Engstellen, etwa im Bereich zwischen Einmündung Gg.-Fröba-Straße und Einmündung Carlo-Mierendorff-Straße, zum Schutz der Fußgänger zusätzlich von der Fahrbahn abgepollert und LKWs und PKWs könnten bei Begegnungsverkehr nicht mehr über den Bürgersteig ausweichen, würden die sich täglich abspielenden, teilweise dramatischen Situationen, noch sehr viel häufiger vorkommen. Den Gefahren, die Fußgänger und Radfahrer hier ausgesetzt sind, kann wirksam nur durch eine Verringerung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 begegnet werden.

Dies wird insbesondere auch deutlich, wenn man sich die Situation in Bickenbach vor Augen führt, wo in den Ortsdurchfahrten sowohl auf der B3, als auch auf der August-Bebel-Straße, Tempo 30 gilt, ohne dass dort durchgängig die Straßenverkehrsverhältnisse herrschen, die vom Leiter des ASV, Herr Nerschbach, bei der Bürgerversammlung in Hähnlein als notwendige Voraussetzung genannt wurden: Straßenbreite geringer als 5,50 Meter, Bürgersteige schmaler als 0,5 Meter, insgesamt schlechter Straßenzustand.

Auch der Hinweis seitens des ASV, dass evtl. ein temporäres Ausweisen von Tempo 30 bis zur Fertigstellung der geplanten Deckener-

neuerung der L3112, OD Hähnlein möglich wäre, ist nicht stichhaltig, angesichts der dauerhaften Belastung der Anwohner durch Lärm und Abgase. Der Zustand der Verkehrssituation in der OD Hähnlein insgesamt ist ausschlaggebend für die Forderung der Gemeindevertretung Alsbach-Hähnlein nach Tempo 30 auf der gesamten Strecke. Die Ablehnung des Antrages der Gemeindevertretung auf ein LKW-Nachtfahrverbot in der OD Hähnlein durch den Regierungspräsidenten, mit dem Hinweis auf die Autobahn-Bedarfsumleitungen, ist nach Auffassung der Gemeindevertretung nicht ausreichend begründet. In den Zeiten, in denen eine Bedarfsumleitung zwischen den Autobahnen über die OD Hähnlein unabwendbar ist, könnte das LKW-Nachtfahrverbot problemlos ausgesetzt werden.

Bei der Bürgerversammlung wurde eindringlich auf die permanente Belastung, außerhalb von Bedarfsumleitungen, durch Schwerkverkehr in den Nachtstunden hingewiesen. Das Recht der Anwohner auf Nachtruhe muss hier eindeutig höher bewertet werden, als das Bedürfnis der Speditionsunternehmer, Waren zügig von A nach B zu transportieren.

Über die Gleise oder unten durch?

Eine sichere und akzeptable Querung der Gleise der Main-Neckar-Bahn in der Sandwiese ist sicherlich ein Thema seit Bestehen der Brücke für die L3112. Völlig unbefriedigend ist die Lösung, von einem Bahnsteig zum anderen nur über die langen Serpentinan der Rampen der Brücke zu kommen – da ist der Weg direkt über Gleise naheliegender, wenn auch verboten und sehr gefährlich. Eine Verbesserung dieser Situation müsste eigentlich auch im Interesse der Bahn liegen.

Im Zusammenhang mit einer durchgehenden Radwegeverbindung zwischen Alsbach und Hähnlein, hat die

Iluhas bereits vor Jahren vorgeschlagen, in der Verlängerung des Weges An der Fohlenweide eine Untertunnelung der Bahn herzustellen. Als das Neubaugebiet Am Alten Viehweg geplant wurde, haben wir diesen Vorschlag erneut eingebracht. Für die Bahnkunden, für die Radfahrer und für die Bewohner auf der Sandwieser Ostseite der Bahnlinie wäre dies zweifellos die beste Lösung. Unser Antrag: Alle Beteiligten an einen Tisch, um die Finanzierung dieser Maßnahme zu regeln. Doch bereits dieser einfache Vorschlag fand damals keine Mehrheit in der Gemeindevertretung, CDU, FW und Teile der SPD lehnten unser Ansinnen ab.

Jetzt kommt erneut Bewegung in die

Sache: Mit dem Wegzug der SAP SI soll das Gelände neu genutzt werden (siehe Iuhas-Zeitung Nr. 62). Für den Investor, der dort u.a. einen Einkaufsmarkt plant, ist eine Anbindung der Sandwiese über die Bahngleise natürlich wichtig, denn dort wohnen die potentiellen Kunden. Deshalb hat er signalisiert, sich kostenmäßig an einer Querung der Gleise zu beteiligen. Eine neue Chance für eine Untertunnelung? –

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung und Bewohner der Sandwiese, Helmut Schmid, hat deutlich gesagt, dass nur eine Untertunnelung sinnvoll wäre. Dem ließ die SPD einen Antrag folgen, dem wir gerne zugestimmt haben: Im Jahr 2004 wurden im Investitionsprogramm 200.000 Euro für eine Querung der Bahn eingestellt. Wir sind gespannt, ob sie für eine Untertunnelung in Anspruch genommen werden.



Die richtige Stelle für eine Unterführung der Bahnlinie wäre hier - am Haltepunkt Hähnlein-Alsbach in der Sandwiese. Gut für Bahnnutzer, die gefahrlos die Gleise queren könnten und gut für Fußgänger und Radfahrer zwischen den Ortsteilen.

**ICE-Trasse durch
Alsbach-Hähnlein?
Vortrag mit R. Ahrnt
und Dr. R. Plasa.
24.1., 19.30 Uhr,**

**24.1., 19.30 Uhr,
Foyer der Sport- und
Kulturhalle, Hähnlein.
Eine Veranstaltung der
IUHAS**

Kreisel in Alsbach - Wann?

Bereits 1994 wurde auf Antrag der Iuhas eine Planung für die Umgestaltung der Kreuzung Alte Bergstraße/ Zwingenberger Straße/Bahnhofstraße/L3112 erstellt. Es war eine der ersten Planungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, die einen Kreisverkehr vorsah. Die Gemeinde hatte die Planung finanziert, das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) hatte versprochen, sich für eine baldige Realisierung einzusetzen. Bis heute ist nichts geschehen. Während in vielen Orten rund um Alsbach-Hähnlein, auch auf untergeordneten Straßen Kreisel realisiert wurden, ist die Kreuzung an den Alsbacher Schulen immer noch eine der unübersichtlichsten, überdimensioniertesten und insbesonde-

re für die Schulkinder gefährlichsten in der ganzen Umgebung. Weil wir der Meinung sind, dass nicht gewartet werden darf, bis es wirklich zu einem schweren Unfall an dieser Stelle kommt, drängen wir immer wieder auf einen schnellen Umbau dieser Kreuzung nach der im Auftrag der Gemeinde erstellten Planung. Jetzt hat das ASV wieder einmal erkennen lassen, dass der Kreisel zeitnah realisiert werden könnte – die Gemeinde muss dazu nur einige Umplanungen vornehmen. Wir haben der Bereitstellung von weiteren 13.000 Euro Planungskosten im gemeindlichen Haushalt zugestimmt, obwohl es nicht Aufgabe der Gemeinde ist. Dafür wollen wir vom ASV dann aber endlich auch konkrete Ergebnisse sehen.



Auch wenn es hier noch zu keinem schweren Unfall kam. Diese Kreuzung ist gefährlich!

Die Querung einer solchen Kreuzung, mit derartigen Ausmaßen, ist insbesondere für Kinder schwer einzuschätzen. Aber da die Schulen direkt an dieser Kreuzung liegen, bleibt den meisten Kindern keine Wahl - auch im morgendlichen Berufsverkehr müssen sie irgendwie da hinüber.

Dosenpfand**Ein echter Fortschritt für die Umwelt**

Seit dem 1.1.2003 gilt die Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen. 9 Milliarden Liter Getränke wurden jedes Jahr in Einwegverpackungen abgefüllt, davon – Tendenz: steigend – 3 Milliarden in Dosen. Es war noch eine CDU-geführte Bundesregierung mit dem Umweltminister Klaus Töpfer, die Anfang der 90-er Jahre den Mechanismus festgeschrieben hat, der besagt: Wenn die Quote der Mehrwegverpackungen von 72 Prozent unterschritten wird, tritt eine Sanktion in Kraft. Jetzt hat der grüne Umweltminister Jürgen Trittin die Konsequenz gezogen:

Für Dosen und Einwegflaschen aus Glas oder Kunststoff gilt ein Pfand von 25 Cent (bzw. 50 Cent über 1,5 Liter). Damit wird der bisherige Wettbewerbsvorteil der Einweg-Verpackungen gegenüber den Mehrweg-Flaschen aus Glas oder PET endlich beseitigt. Das war längst überfällig.

Einweg-Verpackungen verbrauchen schon bei der Herstellung mehr Energie und Rohstoffe. Sie tragen so zum Treibhauseffekt bei. Dosen und Einwegflaschen produzieren überflüssigen Abfall, der auf Kosten der Allgemeinheit aufwändig beseitigt werden muss. Durch den Import von Billig-Dosen

waren immer mehr Arbeitsplätze bei mittelständischen Brauereien und Mineralwasserbrunnen gefährdet.

Durch das Pfand ist Schluss damit.

Das Dosenpfand ist da: eine gute Nachricht für die Umwelt. Eine gute Nachricht für nachfolgende Generationen.

Umweltfreundliche Mehrweg-Flaschen sind wieder In. Und die Verwertung der Dosen wird durch die Sammlung einfacher, preiswerter und besser.

Fragen und Antworten zum „Dosenpfand“

1. Welche Einweg-Getränkeverpackungen sind pfandpflichtig?

Am 1. Januar 2003 tritt die Pfandpflicht für Einweg-Getränkeverpackungen in Kraft. Das Pfand betrifft die Getränke Bier (einschließlich Biermischgetränke und alkoholfreies Bier), Mineralwasser und Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure (Cola, Limo, Energy-Drinks, Apfelschorle etc.) und gilt für Dosen, Einweg-Glas- und Einweg-Plastikflaschen.

2. Für welche Einweg-Getränkeverpackungen muss man kein Pfand zahlen?

Bei Fruchtsäften und anderen Getränken

ken ohne Kohlensäure, bei Wein, Sekt, Spirituosen und Milch ist kein Pfand zu erheben. Joghurt- und Kefirgetränke sind von der Pfandregelung ebenfalls nicht betroffen.

3. Wie hoch ist das Pfand?

25 Cent beträgt das Pfand für Getränkeverpackungen bis zu 1,5 Liter. Über 1,5 Liter sind 50 Cent zu zahlen.

4. Was bringt das Pfand der Umwelt?

Der Anteil von Einweg-Getränkeverpackungen ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. So hat sich der Marktanteil von Dosenbier in den letzten zehn Jahren verdoppelt (auf 24 Prozent). Gegenüber den Mehrweg-Alternativen verursachen Einweg-Verpackungen deutlich mehr Abfall, verbrauchen bei der Herstellung und der Entsorgung mehr Energie und tragen stärker zum Treibhauseffekt bei. Das Pfand soll diesen ökologisch nachteiligen Auswirkungen entgegenwirken und Mehrwegsysteme stärken, die ökologisch vorteilhafter sind. Das Pfand führt aber auch zu einer sortenreinen Sammlung und damit besseren Verwertung wertvoller Rohstoffe. Und schließlich ist die Pfandpflicht ein wichtiger Schritt zur Abkehr von „Ex und Hopp“: Die Vermüllung von Landschaft, Straßen und Plätzen wird gestoppt.

5. Warum kommt die Pfandpflicht jetzt?

Die 1991 geschaffene und 1998 geän-

derte Verpackungsverordnung (unter den CDU-MinisterInnen Töpfer und Merkel) schreibt eine Pfandpflicht vor, wenn der Mehrweganteil unter 72 Prozent fällt. Das war erstmals 1997 der Fall. Sechs Monate nach erneuter Veröffentlichung der Daten muss eine Pfandpflicht in Kraft treten. Die Bundesregierung hat die Zahlen über die Mehrweganteile im Juli 2002 bekannt gemacht. Die CDU/FDP-Mehrheit im Bundesrat hatte zuvor eine bessere – noch „ökologischere“ – Verordnung über die Pfandpflicht verhindert. Für mögliche Ungereimheiten beim Pfand ist also die CDU verantwortlich.

6. Entstehen durch die Pfandpflicht Arbeitsplätze?

In den letzten Jahren gibt es eine Verdrängung von Mehrweg-Systemen. Dadurch sind vor allem bei mittelständischen Unternehmen des Handels und der Getränkeabfüllenden Industrie rd. 250.000 Arbeitsplätze gefährdet. Die Pfandpflicht leistet einen Beitrag zum

Noch mehr Antworten zum Thema Dosenpfand finden Sie unter www.gruene.de oder www.bmu.de

Erhalt dieser Arbeitsplätze, weil sie die Mehrweg-Systeme stabilisiert. Zusätzlich schafft das Pfand Arbeitsplätze bei den Herstellern von Rücknahmeautomaten und bei Logistik-Unternehmen. In der Verpackungsverwertung bleiben die Arbeitsplätze erhalten.

Ökologische Steuerreform**DER UMWELT ZULIEBE**

Zum 1.1.2003 ist eine weitere Stufe des Gesetzes zur Fortführung der Ökologischen Steuerreform in Kraft getreten. Damit wurden die Mineralölsteuer auf Kraftstoffe um 3,07 Cents/Liter und die Stromsteuer um 0,26 Cents/kWh zum 5. und vorläufig letzten Mal erhöht. Zugleich tritt das erst kürzlich beschlossene Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Kraft, mit dem umweltschädliche Subventionen abgebaut und die Heizstoffsteuersätze angepasst werden. Mit letzterem und dem Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen (dieses soll am 1.4.2003 in Kraft treten) werden erste Teile der Koalitionsvereinbarung zur Ausweitung der Ökologischen Steuerreform zu einer Ökologischen Finanzreform umgesetzt.

Ziel der Bundesregierung ist es, durch die Ökologische Steuerreform zum Energiesparen und zur rationellen Energieverwendung anzuregen sowie erneuerbare Energien zu fördern. Diese Säulen der Energiewende sind – neben dem Atomausstieg – entscheidend für den Klimaschutz und schaffen Arbeitsplätze. Nach dem Einstieg in die Ökologische Steuerreform im Jahr 1999 ist die Fortführung bis mindestens zum Jahr 2003 beschlossen worden. Zusätzlich ist im Jahr 2003 das Gesetz zur Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Kraft getreten sowie die Aus-

weitung zu einer Ökologischen Finanzreform begonnen worden.

Fossile Energien sind ein knappes und endliches Gut. Die Preise für ihre Nutzung sind langfristig zu niedrig, weil sie nur einen Teil ihrer „wahren“ Kosten widerspiegeln. Sie bieten daher zu wenig Anreize, vorhandene Energiesparpotenziale auszuschöpfen, erneuerbare Energien stärker auszubauen sowie energiesparende Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln und in breitem Maße anzuwenden. Demgegenüber belasten zu hohe Lohnnebenkosten, insbesondere Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese wirken sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland aus und sind mitverantwortlich für die relativ hohe Arbeitslosigkeit.

Daher wird die steuerliche Last des Faktors Arbeit reduziert und auf den Faktor Umweltverbrauch verlagert. So können zwei Probleme gleichzeitig reduziert werden. Konkret werden Energiesteuern eingeführt bzw. in kleinen, voraussehbaren Schritten erhöht und die Beitragssätze zur Rentenversicherung gesenkt und stabilisiert. Die Ökologische Steuerreform ist damit weitgehend aufkommensneutral, weil ihr Aufkommen durch Senkung anderer Abgaben wieder an die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben wird. Mit dieser über eine Legislaturperiode hinausgehenden Maßnah-

me schafft die Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen für Investitions- und Kaufentscheidungen. Auf diesem Wege wird eine historische Kehrtwende in der Steuerpolitik eingeleitet, bei der bisher die Mineralölsteuer nur zu fiskalischen Zwecken erhöht wurde, aber gleichzeitig auch die Löhne immer stärker mit Sozialabgaben belastet wurden. Die von diesem Richtungswechsel ausgehende Signalwirkung ist nicht nur eine wichtige Grundlage, um den Klimaschutz voranzubringen. Da Energieeinsparung im wesentlichen arbeitsintensive Tätigkeiten bedingt (Wärmedämmung; Entwick-

lung, Produktion, Installation und Wartung neuer Effizienztechnologien mit entsprechenden Exportchancen) trägt die Ökologische Steuerreform dadurch auch zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei. Dies wird durch die gesenkten und stabilisierten Lohnnebenkosten begünstigt. Hinzu kommt ein Investitions- und Innovationsschub und die Reduktion von Energieimporten, für die bisher Devisen ins Ausland geflossen sind. Mit diesem Geld können jetzt im Inland Arbeitsplätze geschaffen werden: Energieverschwendung wird durch intelligente Ingenieursleistungen in Deutschland ersetzt.

Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr Hähnlein:

„NUTZFEUER NICHT IN AUSBILDUNGSPLÄNEN“

Einigen Wirbel gab es um unseren Artikel „Müll auf Hähnleins Äckern und Feldwegen“ in der Zeitung 63. Die Freiwillige Feuerwehr Hähnlein hat uns gebeten, eine Stellungnahme aus ihrer Sicht abzudrucken. Wir kommen dem gerne nach, weil wir die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr sehr schätzen und insbesondere das Bemühen der Hähnleiner Wehr um ein gutes Image auch gerne unterstützen. Michael Baar und Holger Wildner haben uns den „Vorfall“ um das brennenden Holzstapel auf einem Feld in Hähnlein so dargestellt:

„Das Nutzfeuer war bei der Gemeinde angemeldet. Angezündet wurde es von dem Landwirt, auf dessen Acker der Holzstoß aufgesetzt war. Es hätte auch ohne die FFW abgebrannt werden dürfen. Das Ordnungsamt der Gemeinde hat aber angeordnet, dass

sich die FFW um das Feuer kümmern soll. Es sollte kontrolliert und abgelöscht werden.

Der Haufen hat sich für uns vor dem Abbrennen anders dargestellt, als danach auf den Fotos der Iuhas. Die FFW hat zwar beschichtetes Holz und Plastikeimer herausgezogen, den Stapel aber nicht komplett umgesetzt, um alle schadstoffhaltigen Teile zu entfernen. Solche Feuer werden von der FFW gerne genutzt, das hat in Hähnlein eine gewisse Tradition. Es soll aber künftig deutlich eingeschränkt werden. Für die FFW war das ein dienstlicher Einsatz, der aber nicht weiter dokumentiert wurde. Die Jugendfeuerwehr war zu keiner Zeit an den Löscharbeiten beteiligt.“

Hessenwahl am 2. Februar 03



**... und
wählen
kann so
einfach
sein!**

**Erststimme:
Christel Fleischmann**

ICE-Trasse durch
Alsbach-Hähnlein?
Vortrag mit R. Ahrnt
und Dr. R. Plasa.
24.1., 19.30 Uhr,
Foyer der Sport- und
Kulturhalle, Hähnlein.
Eine Veranstaltung
der IUHAS



**Zweitstimme:
Bündnis90/DieGrünen**